

Rezension: Anne Marie Goetz, Shireen Hassim (eds.): No shortcuts to power. African women in politics and policy making

Schäfer, Rita

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schäfer, R. (2004). Rezension: Anne Marie Goetz, Shireen Hassim (eds.): No shortcuts to power. African women in politics and policy making. [Rezension des Buches *No shortcuts to power: African women in politics and policy making*, von A. M. Goetz, & S. Hassim]. *Afrika Spectrum*, 39(2), 301-304. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-107457>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Rezensionen

Anne Marie Goetz, Shireen Hassim (eds.): *No shortcuts to power. African women in politics and policy making*. London: Zed Books 2003. 246 S. ISBN 1-84277-147-7.

Südafrika und Uganda gelten als Musterländer, was die personelle Repräsentanz von Frauen in politischen Gremien betrifft. Vorbildcharakter hat die in der süd-afrikanischen Verfassung verankerte Geschlechtergleichheit ebenso wie das Quotensystem der ANC-Regierung, das Frauen 30% der Parteisitze einräumt. Auch das National Resistance Movement in Uganda rühmt sich, die personelle Repräsentanz von Frauen in politischen Gremien massiv zu fördern und damit zur sozialen Gerechtigkeit beizutragen. Während die südafrikanische Frauenbewegung derartige Veränderungen im Zuge des politischen Transformationsprozesses einforderte, ist es in Uganda der Präsident selbst, der Frauen im Ämterhieb und frauenpolitische Leitlinien vorgibt.

Um so bemerkenswerter sind die Fragestellung dieses Sammelbands, denn hier melden sich südafrikanische Politologinnen und ugandische Juristinnen zu Wort, die sich nicht mit gefälligen Statistiken zufrieden geben. Ihr Interesse gilt vielmehr den männlich dominierten Parteistrukturen, ebenso wie den Kontroversen über Gesetzesentwürfe, die etablierte Geschlechterhierarchien in Frage stellen, und der Lokalpolitik, zumal diese vielerorts noch von traditionellen Autoritäten oder modernen Funktionsträgern beherrscht wird, die Allianzen bilden, um die patriarchale Herrschaft aufrechtzuerhalten.

Diese Themenblöcke geben den konzeptionellen Rahmen des Buches vor. Er wird ergänzt durch zwei einführende theoretische Kapitel, die das Spannungsfeld von Gleichheitsgrundsätzen in der Verfassung, dem Parteiensystem, den Einflussmöglichkeiten von Politikerinnen und der Rolle nicht-staatlicher Frauenorganisationen ausloten. Des Weiteren werden die Interdependenzen zwischen Patronagestrukturen, der „Affirmative Action“ für Frauen in politischen Ämtern und den sozio-kulturell verankerten Geschlechterhierarchien analysiert. Hier gehen die Autorinnen davon aus, dass die männliche Dominanz in

Institutionen, parteipolitische Machtspiele, soziale Ungleichheiten und Geschlechterkonflikte häufig miteinander verwoben sind und sich wechselseitig verstärken.

Alle acht Aufsätze des Buches fügen sich in diesen breitgefächerten Rahmen ein und vergleichen im Detail die politischen Handlungsspielräume und -grenzen von Frauen in Südafrika und in Uganda. Bezugspunkte sind der legislative Rahmen, vor allem das Erb- und Familienrecht, aber auch Gesetze gegen geschlechtsspezifische Gewalt, die die rechtlichen und ökonomischen Möglichkeiten von Frauen prägen und Geschlechterhierarchien festlegen. Darüber hinaus beziehen die Autorinnen auch ländliche Programme zur konkreten Situationsverbesserung in ihre Analysen ein. Alltagspraktische Verbesserungen und strukturelle Veränderungen sind somit in gleicher Weise die Messlatten für eine effektive Frauenpolitik, wobei Lokalpolitikerinnen und Parlamentarierinnen dahingehend befragt werden, inwieweit sie die Überwindung institutioneller und gesellschaftlicher Ungleichheiten vorantreiben können oder welche Faktoren sie daran hindern.

Eher ernüchternd ist das Fazit, dass die Autorinnen in ihren Detailstudien ziehen. Dies betrifft vor allem die Situation in Uganda. Irene Ovonji-Odida und Sheila Kawamara-Mishambi, beide Juristinnen und Frauenrechtsaktivis-

tinnen, gehen am Beispiel der gescheiterten Landrechtsreform von 1998 den engen Handlungsgrenzen der Parlamentarierinnen nach. Sie arbeiten heraus, dass Patronagenetze und Parteidisziplin sowie ganz konkrete Direktiven des Präsidenten Museveni die Politikerinnen davon abhielten, sich für die Forderungen der Frauenorganisationen stark zu machen. So können Frauen in Uganda heute weder Besitz- noch Erbrechte einfordern, obwohl die Kleinbäuerinnen die Ernährung sichern. Entsprechend schwierig ist die Versorgungslage vieler Landbewohnerinnen in Zeiten instabiler Ehen und brüchiger sozialer Netze. Die Lokalpolitikerinnen können diesen Problemen wenig entgegensetzen, schlussfolgert die an der Makerere Universität in Kampala tätige Josephine Ahikire. Denn Frauen bekleideten Posten in lokalen Entscheidungsgremien, die der Präsident extra für sie eingerichtet hat. Doch sollten sie keine Konkurrenz zu Männern bilden, sondern eher als Puffer ethnische Spannungen auf lokaler Ebene abfedern.

Ähnlich kritisch ist das Urteil der südafrikanischen Juristin Likhapha Mbatha, Mitarbeiterin der University of the Witwatersrand in Johannesburg. Sie wirft der ANC-Regierung Augenwischerei vor, denn der prozentuale Anteil von Frauen in lokalpolitischen Gremien sei zwar erhöht worden, doch bleibe ihre Mitspra-

che begrenzt, weil sie auf ihre Aufgaben schlecht vorbereitet sind und weder organisatorisch noch finanziell der weiblichen Bevölkerungsmehrheit auf dem Land helfen können. Außerdem erkennt die neue Regierung die Macht der traditionellen Autoritäten an und setzt – an der lokalen Bevölkerung vorbei – eigene Kandidatinnen ein, nicht lokal anerkannte Führungspersonen. So werden Programme zur Frauenförderung verschleppt und die landwirtschaftlichen Produzentinnen werden trotz ihrer offiziellen Gleichstellung im Landzugang weiterhin benachteiligt.

Wenn Politikerinnen auf nationaler und lokaler Ebene die Hände gebunden sind, welche Veränderungspotenziale haben dann Frauenorganisationen und Netzwerke, die sich als Teil der Zivilgesellschaft verstehen? In Uganda vereinnahmten sowohl Obote als auch Amin die Gruppen für ihre jeweiligen parteipolitischen Ziele. Auch unter Yoweri Museveni konnte sich nur ein vergleichsweise kleines Netzwerk herausbilden, dessen rechtspolitische Lobbyarbeit wiederholt ausgebremst wurde. Währenddessen formierte sich in Südafrika im Zuge der politischen Wende eine recht schlagkräftige Frauenbewegung, die die Gleichstellung von Frauen in der Verfassung und zahlreiche Frauenrechte durchsetzte. Erst mit der Rekrutierung führender Vertreterinnen in

Regierungsämter, der dann verlangten Parteidisziplin und der Zentralisierung von Entscheidungsprozessen innerhalb des ANC verlor sie an Durchsetzungsfähigkeit, wie Sheila Meintjes zugesteht. Obwohl die Politologin selbst Mitglied der Gender-Kommission ist, die zwischen der Regierung und zivilgesellschaftlichen Gruppen vermitteln soll, und die Entwicklungen während der 1990er Jahre positiv einschätzt, bleibt ihr Ausblick in die frauenpolitische Zukunft Südafrikas dennoch skeptisch. Auch Shireen Hassim, Politologin und Mitherausgeberin dieses Sammelbandes, geht davon aus, dass Südafrika weiterhin eine starke autonome Frauenbewegung bräuchte, die in Kooperation mit Politikerinnen und Parlamentariern ihre Interessen in konkrete politische Programme umsetzen kann. Denn eine solche Bewegung gilt auch aus ihrer Sicht noch immer als tragende Säule für Mitwirkung von Frauen an der Demokratisierung der Gesellschaft. Damit dies gelingen kann, sollten Regierung und staatliche Gremien zum institutionellen Umbau im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit bereit sein.

Insgesamt zeigt das Buch, wie lohnend ein innerafrikanischer Vergleich sein kann, der sich nicht nur auf Nachbarländer beschränkt, sondern auch großräumig Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der politischen

Entwicklung einzelner Länder gegenüberstellt. Bemerkenswert ist vor allem die Tatsache, dass Wissenschaftlerinnen aus denjenigen afrikanischen Staaten zusammengearbeitet haben, die als Hoffnungsträger gelten. Ihre Befunde aufgrund einer detailgenauen Situationsanalyse sind eher kritisch. Die Herausforderung für die hiesige Afrikaforschung besteht darin, solche Stimmen ernst zunehmen. Ihre Vorschläge für Gegenstrategien, wie die Stärkung einer autonomen Frauenbewegung als Motor für die Verbesserung der politischen Partizipation von Frauen, sollten auch in der Entwicklungsplanung mehr Beachtung finden.

(Rita Schäfer)